

Medien als Vermittler von Politik

Die mediale Präsentation von Politik hat sich verschlechtert. Der Meinungskorridor ist verengt. Echte Diskussion über politische Themen findet nicht statt. Ich bin eine Verfechterin des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Aber er braucht eine Runderneuerung.

Öffentlich-rechtliche Medien haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr den Privaten angenähert. Das Schielen auf die Einschaltquote ist zum Selbstzweck verkommen. Unsere Medien bekommen über acht Milliarden, um ein gutes ausgewogenes Programm zu machen. Stattdessen werden Gelder für Sportübertragungsrechte verplempert und am frühen Abend werden die Zuschauer mit Seichtem abgespeist.

Medien müssen demokratischer werden, der Einfluss der Parteien muss zurückgedrängt werden und sie müssen sich wieder darauf besinnen, was ihre Aufgabe ist, nämlich: neutral zu berichten, ihren Bildungsauftrag zu erfüllen, sich für Frieden und Verständigung einzusetzen und die Diskussionen in der Gesellschaft abzubilden und das ohne Tendenz.

Öffentlich-rechtliche Medien, Zeitschriften und Zeitungen dürfen nicht zu Verlautbarungsorganen der Regierung verkommen, sonst berauben sie sich ihrer Daseinsberechtigung.

Zur Person

Ich bin in Gelsenkirchen-Buer geboren und lebe seit 1989 dauerhaft hier. Ich bin Medienwissenschaftlerin, verheiratet und meine Steckenpferde sind Lesen (ich bin bekennender Bücher-Nerd), meine Tiere, Politik, Spazierengehen.

Stadt geht uns alle an!

Liebe Wählerinnen und Wähler,

in den vergangenen Jahren mussten wir als LINKE im Rat der Stadt immer wieder feststellen, dass es – entgegen aller Beteuerungen – keine Abkehr von der neoliberalen Ideologie gibt. Man vertritt weiterhin die Position, dass eine Stadt wie ein Konzern geführt werden sollte, man unterstützt den ruinösen Wettbewerb der Kommunen untereinander und die Anforderungen an die herrschenden Parteien im Bund, sich endlich für eine gute steuerliche Ausstattung der Kommunen einzusetzen, waren halbherzig bis lasch.

Lassen Sie uns gemeinsam für eine lebenswerte Stadt streiten, in der wieder der Mensch im Mittelpunkt steht.

Gehen Sie am 13. September wählen, mischen Sie sich ein und lassen Sie sich nicht länger abspeisen mit alten Politik-Konzepten.

Es wird Zeit für Neues!

Bettina Angela Peipe

Fotos: ©Felix Dirks, shutterstock.com – Evellean

V.i.S.d.P.: Hartmut Hering
DIE LINKE.KV Gelsenkirchen
Wildenbruchstr. 15–17 • 45888 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 3610444 • www.dielinke-ge.de



Gelsenkirchen lebenswert für alle machen.

Bettina Peipe

**Ihre Kandidatin
für den Rat der Stadt**

www.gelsenkirchen-fuer-alle.ruhr

DIE LINKE.
Kreisverband Gelsenkirchen



Demokratie heißt mitbestimmen zu können

Diese Möglichkeit ist immer noch beschränkt auf die Wahlen alle vier bzw. fünf Jahre. Auch wenn wir ein Mehr an direkter Demokratie auf allen Ebenen brauchen, lassen Sie sich nicht die Möglichkeit nehmen, wenigstens alle fünf Jahre Ihre Stimme zu erheben.



Von einer Demokratie in der Wirtschaft sind wir noch Lichtjahre entfernt. Noch immer ist es die Kapitalseite, die in den Betrieben die Ausrichtung der Unternehmensstrategie bestimmt. Das führt, wie wir gerade wieder sehen können (Seppelfricke, Küppersbusch), zu massiven Fehlentwicklungen, auch hier in Gelsenkirchen.

Wir brauchen nicht nur mehr Demokratie in den Betrieben, sondern auch auf allen Ebenen des Staates, auch in der Kommune.

In Gelsenkirchen herrscht Armut.

Die Schlangen an den Tafeln werden länger, Alters- und Kinderarmut steigen und viele Menschen fühlen sich so abgehängt, dass sie nicht mehr wählen gehen. Das muss sich ändern, wenn die Demokratie nicht vor die Hunde gehen soll!

Viele Probleme in Gelsenkirchen gehen auf die Arbeitslosigkeit zurück. Die Hartz IV-Quote ist extrem hoch.

Jedoch sind nicht alle Probleme hausgemacht. Sie müssen auf anderen Ebenen behoben werden, aber dann muss man es auch angehen.

DIE LINKE kämpft für eine soziale, ökologische und menschenfreundliche Politik im menschenfeindlichen Kapitalismus. Ziel: Systemwechsel. **DIE LINKE fordert:**

- ▶ Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.050 € • Weg mit dem Hartz IV-System, das Menschen drangsaliert
- ▶ Sozial-ökologische Wende • Der Klimakollaps macht vor Gelsenkirchen nicht halt • Wir brauchen zukunftsfähige Arbeitsplätze
- ▶ Bezahlbares Sozialticket und mittelfristig der Ausbau zum kostenlosen ÖPNV • Derzeit liegt der Preis des Tickets fast 10 € über dem, was der Hartz IV-Satz für Mobilität vorsieht
- ▶ Rückkehr zu regionalen Kreisläufen • Die Globalisierungs- und „Freihandels“-ideologie sind weitgehend gescheitert
- ▶ Abkehr von der neoliberalen Wettbewerbsideologie • Eine Kommune wird gegen die andere ausgespielt. Damit muss Schluss sein!
- ▶ Ausbau von Mitbestimmungsstrukturen in den Unternehmen • Wirtschaftsdemokratie als Voraussetzung für wirkliche Demokratie
- ▶ Abkehr von öffentlich-privaten Partnerschafts-Modellen (PPP) auf allen Ebenen
- ▶ Keine weiteren Privatisierungen und Teilprivatisierungen von städtischem Eigentum

Die Demokratie wird aus unterschiedlichen Richtungen bedroht

Armut wird von den Herrschenden als normal hingenommen. Wir als LINKE möchten, dass kein Mensch in Armut leben muss! - Reiche und Großkonzerne stellen sich seit Jahrzehnten aus der Verantwortung. Damit muss Schluss sein!

Die jetzige Krise wird wieder genutzt, um eine massive Umverteilung von unten nach oben durchzuziehen. - Anstatt für Pflegekräfte zu klatschen, erwarten wir als LINKE, dass diese Menschen endlich anständig bezahlt werden! Das stärkt die Binnenkonjunktur!

Die Demokratie wird zudem bedroht durch:

- ▶ supranationale Organisationen ohne demokratische Legitimation (Politik im Hinterzimmer)
- ▶ eine Marginalisierung der Parlamente (immer mehr Entscheidungen durch die Exekutive)
- ▶ immer mehr informelle Vorabsprachen (Kungelrunden zwischen Wirtschaftslobbyisten und Politikern), die durch die europäische Kommission in hübsche Richtlinien verpackt werden, die die nationalen Parlamente nur noch durchwinken können - mit katastrophalen Auswirkungen auch auf die Kommunen.

Die Demokratie wird bedroht von rechten Parteien, die sich als Retter der „kleinen Leute“ aufspielen, die jedoch von extrem reichen Leuten finanziert werden, um eine noch unsozialere Politik durchzusetzen.

Die Gefahren der Digitalisierung werden geleugnet oder heruntergespielt (Ed Snowden: „Wir bauen eine Architektur der Unterdrückung.“).